

ARBEITEN & STUDIEREN

1. Der neoliberale Imperativ der aktuellen Bildungspolitik	42
2. Die neoliberale Ideologie und der StudentInnenrückgang	42
3. Studienrechtliche Vorstellungen gehen von falschen Annahmen aus	44
4. Lebenslanges Lernen: Ja, aber nicht an der Universität!?	45
5. Allgemeine Situation der (berufstätigen) Studierenden	46
6. Der qualitative Zusammenhang zwischen Art des Berufes und Studium	48
7. Besondere Problembereiche bei der Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit	55
8. Studiengebühren und ihre Auswirkungen auf berufstätige Studierende	62

Auszug aus WISO 4/2001

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Weingartshofstraße 10

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@ak-ooe.at

Internet: www.isw-linz.at

Gerhard Hofer

Mitarbeiter der
Abteilung Bildung und
Kultur der Kammer
für Arbeiter und
Angestellte für
Oberösterreich

**Christian
Pesendorfer**

Sozialforscher am
Institut für
Ausbildungs- und
Beschäftigungs-
beratung (IAB) in Linz

Arbeiten, Studieren und die neoliberale Universitätsreform

Die österreichischen Universitäten stehen vor neuen Herausforderungen. Insbesondere die Legitimation des Einsatzes öffentlicher Mittel ist vor dem Hintergrund von Einsparungen beim Staatshaushalt und der Konkurrenz durch neue Anbieter im postsekundären Bildungssystem bedeutender denn je. Zentral ist die Frage, ob und in wieweit (Universitäts-)Bildung auch weiterhin als öffentliche Aufgabe begriffen und als Kernaufgabe des Staates definiert werden soll.

1. Der neoliberale Imperativ der aktuellen Bildungspolitik

Auch in der (österreichischen) Bildungspolitik gewinnt ein neoliberaler Bildungsbegriff seit einiger Zeit an Bedeutung. Eine provisorische Definition dieses Paradigmas könnte lauten: „JedeR ist zur Herstellung, Instandhaltung und permanent erweiterten Reproduktion seines/ihres Arbeitsvermögens selbst verantwortlich. Anders gesagt: JedeR ist für seine/ihre ökonomische Verwertbarkeit individuell zuständig.“¹ Diese Haltung hat freilich Konsequenzen für die Funktion und die Ziele von Bildung genauso wie für die Organisation, den Zugang zu Bildung und die Finanzierung des Aus- und Weiterbildungssystems. In allerletzter Konsequenz würde Bildung in der neoliberalen Gedankenwelt zu einer abhängigen Größe der Entwertungsrate von Arbeitsvermögen im Produktionsprozess. Bildung hat dann ausschließlich die Funktion einer Anpassungsleistung an technisch-ökonomische Zwänge.

*Bildung
verkommt zu
einer Anpassung
an technisch-
ökonomische
Zwänge*

2. Die neoliberale Ideologie und der StudentInnenrückgang

Es gibt „keine wissenschaftlich begründbare optimale Organisationsform für Universitäten“². Die Vorschläge für den Umbau des österreichischen Universitätswesens sind daher in erster Linie von politischen Werthaltungen und Ideologien gekennzeichnet. Spätestens seit Einführung der Studienge-

bühren im Herbst 2001 ist der neue neoliberale bildungspolitische Imperativ auch in Österreich klarer sichtbar denn je: Die Individuen sollen ihren Anteil zur Finanzierung des Bildungssystems durch entsprechende Gebühren und Beiträge erhöhen. Dass sie über die Bezahlung von Steuern ohnehin bereits in erheblichem Ausmaß zur Finanzierung der Universitäten beitragen, wird in der Diskussion meist nicht berücksichtigt. Der tendenzielle Ausschluss ganzer Bevölkerungskreise von universitärer Bildung wird in Kauf genommen. In der vom Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr in Auftrag gegebenen Studie „Der gebührenfreie Hochschulzugang und seine Alternativen“ kommen die Autoren zu folgendem Schluss: „Weder im Hinblick auf Effizienz noch auf Verteilungs- und Chancengerechtigkeit gibt es alternative Finanzierungsformen, die vor dem Hintergrund des derzeitigen österreichischen Universitätssystems eindeutig überlegen sind. Konträre Einschätzungen dieses Sachverhalts übersehen typischerweise eine Reihe von spezifischen Effizienz- und Gerechtigkeitsmängeln der vorgeschlagenen Alternativmodelle – oder sie spielen diese hinunter.“³

*der neoliberale
Imperativ führt
zum Ausschluss
ganzer
Bevölkerungs-
kreise*

Die Rückgänge der Studierendenzahlen im Wintersemester 2001/2002 zeigen deutlich, dass die Befürchtungen der Studiengebührenkritiker berechtigt waren. Die Inskriptionen an den österreichischen Universitäten belegen sowohl entscheidende Rückgänge bei den bereits bisher Studierenden als auch bei den NeuanfängerInnen. Insgesamt gibt es bei den Studierenden mit Stichtag 5.11.2001 österreichweit einen durchschnittlichen Rückgang von 15,5 Prozent⁴. An der Universität Linz ist der Rückgang mit 43,7 Prozent dramatisch, vermutlich aufgrund des hohen Anteils an berufstätigen Studierenden. Bei den Erstsemestrigen gibt es an der Universität Linz im Vergleich zum Vorjahr je nach Fakultät insgesamt einen Rückgang von 19 bis 30 Prozent.⁵

3. Studienrechtliche Vorstellungen gehen von falschen Annahmen aus

Bei den Vorschlägen zur Universitätsreform fällt auf, dass studienrechtliche Aspekte bisher deutlich unterrepräsentiert sind, während die Vorstellungen zu universitätsorganisatorischen Fragen und zu Entscheidungsstrukturen in deutlich elaborierterer Form vorliegen.⁶ Der Universitätsreform scheinen eher organisationstheoretische Diskussionen und Managementideologien zu Grunde zu liegen als rationale Zielvorstellungen für die zeitgemäße Ausgestaltung von Studiensystemen.

Dem Thema Studium (inkl. Studienangebot) kommt de facto kaum Bedeutung zu. Die wenigen studienrechtlichen Vorschläge lassen den Schluss zu, dass die Verantwortlichen bei ihren Reformvorschlägen von Annahmen und Bildern geleitet werden, die der Realität kaum (mehr) entsprechen. Sie dürften bisher vor allem Studierende vor Augen haben, die unmittelbar nach Abschluss einer höheren Schule die Universität in kürzestmöglicher Dauer durchlaufen (sollen) und dann in die Erwerbstätigkeit überwechseln. Die universitäre Lehre wurde zum Großteil genau daraufhin ausgerichtet. Ein solches Modell wird freilich der komplexen Wirklichkeit von Universität und Studium in keiner Weise gerecht. In der Realität lässt sich beobachten, „dass Studieren für die Studierenden Lebensausschnitt und Lebensetappe mit ganz unterschiedlicher und im Verlauf der Zeit wechselnder Größe ist: Studieren ist einerseits transitorisch; Studieren geschieht zudem gleichzeitig nebst manch anderem und ist selbst manches gleichzeitig.“⁷ Die traditionellen Studiensysteme genauso wie die in der jüngeren Vergangenheit angelegten Grundzüge eines neuen Studientyps lassen auf ein sehr eindimensionales Bild von Studium, Lernen und Bildung schließen, das die konkreten Lebensbedingungen und -entwürfe der an universitären Bildungsprozessen Beteiligten in keiner Weise mehr berücksichtigt.

das Studiensystem wird den konkreten Lebensbedingungen der Studierenden kaum gerecht

4. Lebenslanges Lernen: Ja, aber nicht an der Universität!?

Die Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der österreichischen Studierenden neben dem Studium erwerbstätig ist⁸, ein Drittel davon im Vollzeitausmaß, hatte für die in Richtung Studienangebot abzielenden Vorschläge im Rahmen der Universitätsreform bisher keine Konsequenzen. Dies wird für die Betroffenen in dem Moment fatal, in dem auch die Mitbestimmung der Studierenden innerhalb der Universitäten radikal reduziert wird. In Verbindung mit den schon jetzt vorhandenen „Verschulungstendenzen“ in den einzelnen Studienplänen und der Erhöhung von Anwesenheitspflichten an der Universität wird das Studium für Berufstätige schwieriger mit dem Beruf vereinbar. Die Konsequenz für bereits berufstätige Studierende ist der Studienabbruch. Andere potenziell Interessierte nehmen ein Studium unter diesen Bedingungen erst gar nicht mehr auf. Die Universität büßt damit viel von ihrer wichtigen Bedeutung als Weiterbildungseinrichtung für ArbeitnehmerInnen ein, Betriebe wiederum verlieren an Innovationsimpulsen, die ihre studierenden MitarbeiterInnen durch das erworbene Uni-Wissen bisher in das betriebliche Geschehen einbringen konnten.

Der tendenzielle Ausschluss von berufstätigen Studierenden passt nicht in das Konzept des „Lebensbegleitenden Lernens“, eines Paradigmas, zu dem sich auch die österreichische Bildungspolitik (im europäischen Kontext) offiziell bekennt. Zugänge zum obersten Bildungssegment außerhalb der Norm werden nicht ausreichend berücksichtigt. Erwerbstätigkeit vor Aufnahme des Studiums bzw. während des Studiums selber findet kaum Beachtung.

Zugänge zum obersten Bildungssegment außerhalb der Norm werden nicht ausreichend berücksichtigt

In weiterer Folge soll das Thema Arbeiten und Studieren vor dem Hintergrund bereits durchgeführter oder geplanter bildungspolitischer Vorhaben näher beleuchtet werden. Anlass und Grundlage für die Thematisierung ist eine diesbezügliche Befragung von Studierenden an der Universität Linz vom Frühjahr 2001.

Durchgeführt wurde die Befragung von einer StudentInnenfraktion der österreichischen Hochschülerschaft an der Universität Linz⁹ in Form einer postalischen Fragebogenerhebung.

Angeschrieben wurden 7.500 Studierende, die unter den ca. 19.000 inskribierten StudentInnen an der Universität Linz zufällig ausgewählt wurden. Beteiligt haben sich hierbei 970 Studierende. Das entspricht einer Rücklaufquote von ca. 13 %. Die Struktur der an der Befragung teilgenommenen Studierenden entspricht weitgehend der tatsächlichen Verteilung nach Fakultät und Geschlecht.¹⁰ Neben einer allgemeinen Beleuchtung der aktuellen Problemlagen und Bedürfnisse der Studierenden und den erwarteten Auswirkungen der Einführung von Studiengebühren ist in dieser Erhebung auch das Verhältnis von Erwerbstätigkeit und Studium angesprochen. Aufgrund dieses besonderen Themenschwerpunktes der Befragung haben sich erwerbstätige Studierende stärker daran beteiligt als nicht erwerbstätige Studierende.¹¹

5. Allgemeine Situation der (berufstätigen) Studierenden

Der Großteil der Studierenden ist bereits während des Studiums in der einen oder anderen Form erwerbstätig. So geben 77,9 % (756) aller an der Befragung beteiligten Studierenden an, zum Befragungszeitpunkt ein eigenes Erwerbseinkommen zu beziehen.

Insgesamt sagen 680 Studierende, das sind 70 Prozent aller an der Befragung Beteiligten, dass sie regelmäßig einer Erwerbstätigkeit während des Studiums im Teilzeit- (66 %) bzw. Vollzeitausmaß (34 %) nachgehen.

Tabelle 1: (Ausmaß der) Erwerbstätigkeit zum Befragungszeitpunkt

Ausmaß der Erwerbstätigkeit	n	%
regelmäßig Erwerbstätige	680	70,1
davon:		
<i>Vollzeit</i>	232	34,1
<i>Teilzeit</i>	448	65,9
nicht bzw. nicht regelmäßig Erwerbstätige	290	29,9
Gesamt	970	100,0

Auch wenn der Anteil der berufstätigen Studierenden in dieser Befragung überrepräsentiert ist, so ist der Trend – wie auch andere Untersuchungen zeigen¹² – ganz eindeutig: Je weiter die Studierenden im Studium fortschreiten, desto mehr nimmt die Erwerbstätigkeit zu.

je weiter die Studierenden im Studium fortschreiten, desto mehr nimmt die Erwerbstätigkeit zu

Tabelle 2: Semesteranzahl und regelmäßige Erwerbstätigkeit (Zeilenprozent)

Semesteranzahl	nicht bzw. nicht regelmäßig Erwerbstätige		regelmäßig Erwerbstätige		Gesamt	
	n	%	n	%	n	%
bis 2 Sem.	81	42,9	108	57,1	189	100,0
3–4 Sem.	56	35,7	101	64,3	157	100,0
5–6 Sem.	51	37,8	84	62,2	135	100,0
7–8 Sem.	34	29,1	83	70,9	117	100,0
9–10 Sem.	32	28,1	82	71,9	114	100,0
11–12 Sem.	15	17,6	70	82,4	85	100,0
13 u. mehr Sem.	17	11,0	138	89,0	155	100,0
Gesamt	286	30,0	666	70,0	952	100,0

Während bis zum sechsten Semester der Anteil der regelmäßig Erwerbstätigen rund 65 % beträgt, steigt dieser im weiteren Verlauf stark an und beträgt ab dem zehnten Semester

über 80 %, wobei nicht nur die Häufigkeit, sondern auch das Ausmaß der Erwerbstätigkeit (von Teil- auf Vollzeit) ansteigt. Dieses Ergebnis erscheint insofern als problematisch, als in dieser fortgeschrittenen Phase des Studiums die Studierenden verstärkt mit Anforderungen zum Abschluss des Studiums konfrontiert sind und die zunehmende Berufstätigkeit als solche den Studienabschluss gefährdet.¹³

Rund zwei Drittel (65 %) der regelmäßig erwerbstätigen Studierenden sind im Rahmen eines ordentlichen Dienstverhältnisses beschäftigt. Das restliche Drittel arbeitet als „freie/DienstnehmerIn“ (19 %) oder auf Basis eines Werkvertrages (7 %) bzw. in mehreren Beschäftigungsverhältnissen gleichzeitig (3 %). Interessant ist, dass ca. 6 % der regelmäßig erwerbstätigen Studierenden (36) explizit angeben, die Form ihres Beschäftigungsverhältnisses nicht zu kennen.

Etwa die Hälfte (47 %) der regelmäßig erwerbstätigen Studierenden kommt auf ein monatliches Erwerbseinkommen von maximal 6.000 ATS.

6. Der qualitative Zusammenhang zwischen Art des Berufes und Studium

Der Berufstätigkeit während des Studiums kommt nicht von vornherein eine für das Studium abträgliche Bedeutung zu. Sofern es nicht über ein bestimmtes Maß hinausgeht, wird die Berufstätigkeit während des Studiums von den Studierenden oft positiv eingestuft. Neben einer Verbesserung der finanziellen Unabhängigkeit ist damit zumeist auch der Wunsch nach Praxiserfahrung, Herstellung von Kontakten zu potenziellen ArbeitgeberInnen und der Wunsch nach Erwerb zusätzlicher Qualifikationen verbunden.¹⁴

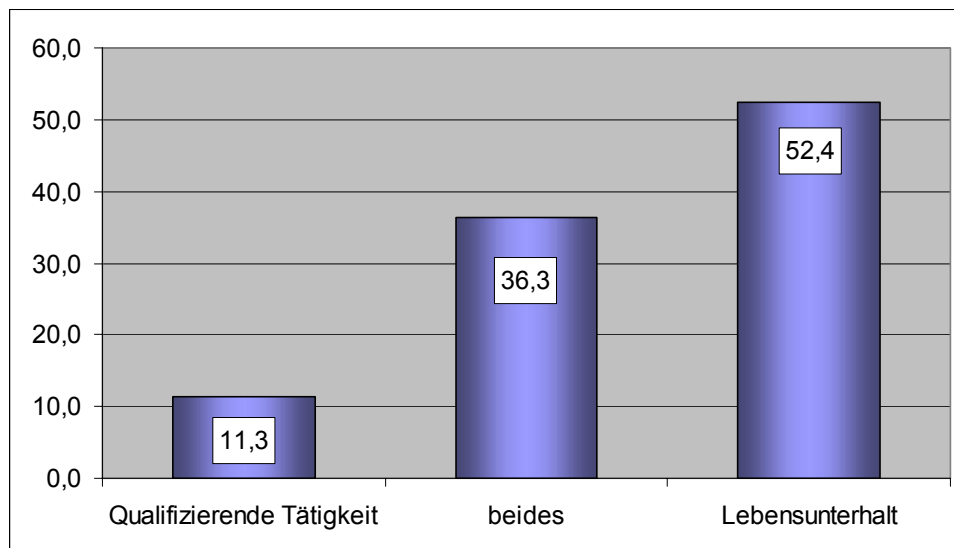
Voraussetzung dafür, dass eine Erwerbstätigkeit während des Studiums als praxisbezogene Bereicherung der universitären Ausbildung bzw. Verbesserung des Ein-/Übertritts in den entsprechenden Arbeitsmarkt fungieren kann, ist aber, dass

die Felder der studentischen Berufstätigkeit eine der Ausbildung entsprechende Qualität aufweisen.

Wie sich aus der Befragung zeigt, stellt die Erwerbstätigkeit während des Studiums für die Mehrzahl (52,4 %) der regelmäßig berufstätigen Studierenden eine Notwendigkeit zur Sicherung des Lebensunterhaltes dar. Nur für jede/n Zehnte/n (11,3 %) regelmäßig erwerbstätige/n Studierende/n hat die Berufstätigkeit primär „qualifizierenden“ Charakter. Und für rund ein Drittel (36,3 %) kommen beide Aspekte zum Tragen, der „qualifizierende“ sowie die Sicherung des Lebensunterhaltes.

Erwerbstätigkeit ist für die einen eine wirtschaftliche Notwendigkeit, für die anderen eine qualifizierende Bereicherung

Diagramm 1: Qualität der Erwerbstätigkeit für regelmäßig Erwerbstätige (Prozent, n = 672)



Diese Einschätzung ist aber nicht für alle StudentInnen in gleicher Form gegeben. Vielmehr zeigen sich deutliche Bewertungsunterschiede zwischen den StudentInnen der unterschiedlichen Studienrichtungen. Die Bewertung ist außerdem abhängig vom Berufsfeld, in dem die Studierenden beschäftigt sind.

*Tabelle 3: Qualität der Erwerbstätigkeit nach Studienrichtung
(Zeilenprozent, nur regelmäßig Erwerbstätige)*

	Qualifizierende Tätigkeit		beides		Notwendig für Lebensunterhalt		Gesamt	
	n	%	n	%	n	%	n	%
Statistik u. Wirtschaftsinformatik	9	17,6	25	49,0	17	33,3	51	100,0
Informatik u. Mechatronik	10	15,9	28	44,4	25	39,7	63	100,0
Doktorat SOWI/JUS/TNF	2	12,5	7	43,8	7	43,8	16	100,0
BWL u. HW	40	17,6	83	36,6	104	45,8	227	100,0
VWL u. WIPÄD	5	10,4	18	37,5	25	52,1	48	100,0
Soziologie u Sozialwirtschaft	5	4,7	40	37,7	61	57,5	106	100,0
JUS Dipl.	3	2,6	34	29,1	80	68,4	117	100,0
Techn. Studienrichtung (inkl. Lehramt)	1	3,7	4	14,8	22	81,5	27	100,0
Gesamt	75	11,5	239	36,5	341	52,1	655	100,0

TNF = Studienrichtungen an der technisch-naturwissenschaftlichen Fakultät

SOWI = Sozial- u. Wirtschaftswissenschaften

VWL = Volkswirtschaftslehre

WIPÄD = Wirtschaftspädagogik

JUS = Juridische Studien

Wie aus Tabelle 3 zu erkennen ist, wird der qualifizierende Aspekt der Berufstätigkeit vor allem von den Studierenden der Statistik u. Wirtschaftsinformatik, Informatik u. Mechatronik, der Betriebs- (BWL) u. Handelswissenschaft (HW) sowie den Studierenden zum Doktorat betont. Nur jeweils ein Drittel bis knapp die Hälfte dieser Studierenden sehen ihre Erwerbstätigkeit primär als Erfordernis zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes. Im Gegensatz dazu wird von den Studierenden der Soziologie und Sozialwirtschaft deutlich häufiger die Sicherung des Lebensunterhaltes und seltener der qualifizierende

Charakter der Erwerbstätigkeit hervorgehoben. Besonders selten spielt der qualifizierende Aspekt aber unter den Studierenden der juristischen Fächer (JUS Diplom) und der technischen Studienrichtungen (inkl. Lehramtsstudien) eine Rolle. Hier geben 70 bis 80 Prozent der Studierenden an, dass ihre Erwerbstätigkeit primär eine Notwendigkeit zur Sicherung des Lebensunterhaltes darstellt.

Tabelle 4: Qualität der Erwerbstätigkeit nach Berufsfeld (Zeilenprozent, nur regelmäßig Erwerbstätige)

Berufsfeld	Qualifizierende Tätigkeit		beides		Notwendig für Lebensunterhalt		Gesamt	
	n	%	n	%	n	%	n	%
keine Angaben	4	22,2	5	27,8	9	50,0	18	100,0
Informatik (EDV)	18	21,4	46	54,8	20	23,8	84	100,0
Wirtschafts-/Finanzdienstleistung	7	24,1	14	48,3	8	27,6	29	100,0
Bildung	10	21,3	22	46,8	15	31,9	47	100,0
Kultur/Medien u. Forschung	2	9,1	12	54,5	8	36,4	22	100,0
Sozialdienste	3	12,5	11	45,8	10	41,7	24	100,0
Büro	22	10,3	78	36,4	114	53,3	214	100,0
Gesundheit/Unterhaltung (inkl. Sport)	2	9,5	7	33,3	12	57,1	21	100,0
Sonstiges*	3	5,4	18	32,1	35	62,5	56	100,0
Produktion/Transport/Wachdienst			9	33,3	18	66,7	27	100,0
Callcenter			7	31,8	15	68,2	22	100,0
Verkauf	4	5,0	12	15,0	64	80,0	80	100,0
Gastronomie			3	11,1	24	88,9	27	100,0
Gesamt	75	11,2	244	36,4	352	52,5	671	100,0

* Fundraising, Selbstständig, Reinigung, Model, Babysitten, Frisör, Mehrfachangaben usw.

Wie zu erwarten war, werden v. a. die Berufsfelder Informatik/EDV und Wirtschafts-/Finanzdienstleistung sehr häufig als qualifizierende Tätigkeit angegeben. Relativ häufig wird die Erwerbstätigkeit auch in den Berufsbereichen „Bildung“, „Kul-

tur/Medien und Forschung“ als qualifizierend eingestuft. Im Gegensatz dazu kommt der Erwerbstätigkeit im Bereich der Gastronomie und des Handels (Verkauf) kaum ein qualifizierender Aspekt zu. Hier geben rund 80 bis 90 Prozent der Studierenden an, dass ihre Erwerbstätigkeit primär der Existenzsicherung dient.

Differenziert man die Tätigkeitsfelder der Studierenden anhand der Häufigkeit, mit der diese als qualifizierend eingestuft werden, in drei Gruppen, dann lässt sich eine Gliederung nach dem allgemeinen Qualifizierungsgehalt der Berufsfelder gewinnen.

Tabelle 5: Berufliche Tätigkeitsfelder nach „Qualifizierungsgehalt“ (nur regelmäßig Erwerbstätige)

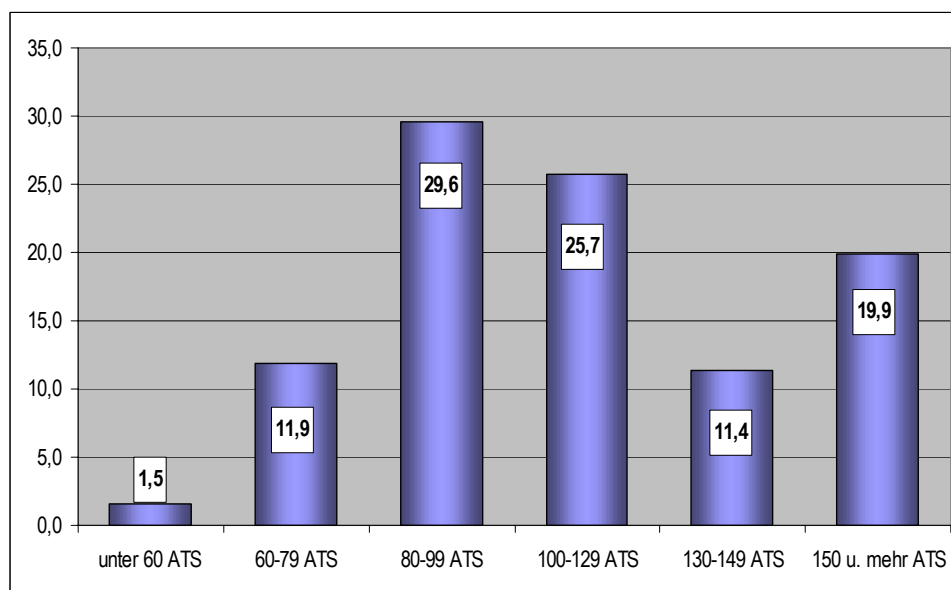
„Qualifizierungsgehalt“ der Tätigkeitsfelder	Tätigkeitsfelder	Absolutzahl der Erwerbs- tätigen	%
hoher (58 %–76 % „qualifizierend“)*	- Informatik, IT u. EDV-Dienstleistung - Wirtschafts- u. Finanzdienstleistung - Bildung - Kultur/Medien u. Forschung - Sozialdienste	207	31,5
mittlerer (37 %–47 % „qualifizierend“)*	- Büro - Gesundheit/Unterhaltung u. Freizeit (inkl. Sport) - Sonstiges	293	44,5
geringer (11 %–33 % „qualifizierend“)*	- Produktion/Technik/Transport/ - Wachdienst - Callcenter - Verkauf - Gastronomie	158	24,0
Gesamt		658	100,0

* inkl. „qualifizierend und notwendig für Lebensunterhalt“

Wie ersichtlich ist, werden von den Studierenden nur fünf der aufgezählten Berufsfelder relativ häufig als qualifizierend eingestuft. Etwa 30 Prozent der regelmäßig Erwerbstätigen sind hier tätig. In den restlichen sieben Tätigkeitsfeldern steht für die Mehrzahl der Studierenden ausschließlich oder partiell die Sicherung des Lebensunterhaltes im Vordergrund der Erwerbstätigkeit.

Da der Großteil der Studierenden ihre Erwerbstätigkeit primär als Notwendigkeit zur Existenzsicherung einstuft, stellt sich auch die Frage nach der Höhe des Verdienstes, den die Studierenden aus ihrer Beschäftigung erhalten.

Diagramm 2: Nettostundenlöhne der regelmäßig erwerbstätigen Studierenden (Prozent, n = 645)



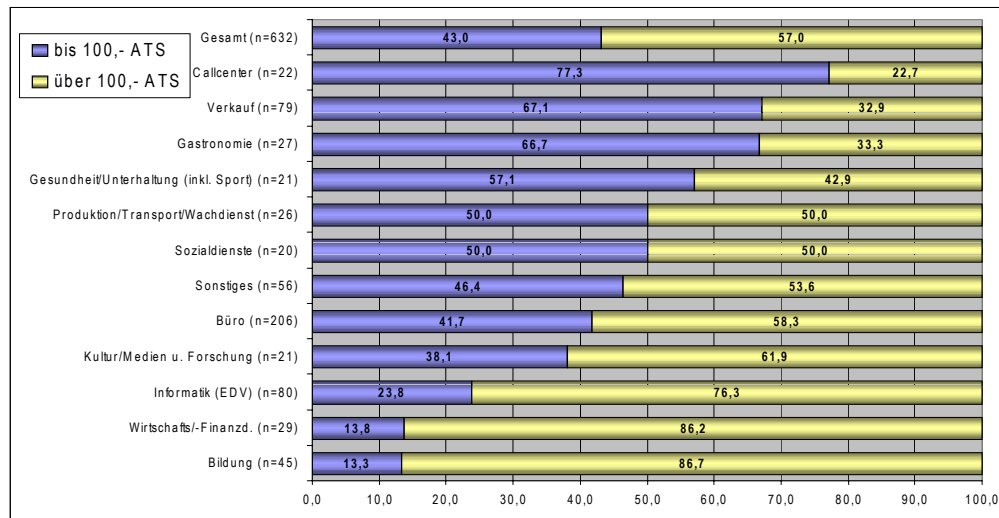
Der durchschnittliche Nettostundenlohn (Median) für erwerbstätige Studierende beträgt 100 bis 129 Schilling. Rund 43 Prozent aller regelmäßig Erwerbstätigen erhalten aber einen Nettostundenlohn von unter 100 ATS, wobei für über 10 Prozent der Nettostundenlohn sogar weniger als 80 ATS

ausmacht. Nicht ganz 40 Prozent der regelmäßig Erwerbstätigen haben einen Stundenlohn (netto) von 100 bis 149 ATS. Und rund ein Fünftel verdient pro Stunde 150 und mehr Schilling netto.

der Stundenlohn differiert nach Tätigkeitsfeld

Wie zu erwarten, differiert der Stundenlohn sehr stark nach Tätigkeitsfeld. So liegt in den Berufsfeldern „Callcenter“, „Verkauf“, „Gastronomie“ sowie „Gesundheit/Unterhaltung“ für die überwiegende Mehrzahl der Studierenden der Nettostundenlohn unter 100 ATS. Das sind vorwiegend jene Berufsfelder, in denen der Großteil der Studierenden aus Gründen der Existenzsicherung tätig ist. In den Bereichen „Bildung“, „Wirtschafts- u. Finanzdienstleistung“, „Informatik u. EDV-Dienstleistungen“ hingegen liegt der Nettostundenlohn mehrheitlich über 100 ATS. Gleichzeitig stellen diese Tätigkeitsfelder auch jene Bereiche dar, in denen der Qualifizierungsgehalt von den Studierenden deutlich häufiger genannt wird.

Diagramm 3: Anteil der Studierenden mit Nettostundenlöhnen über und unter 100 ATS nach Berufsfeld (Prozent, nur regelmäßig Erwerbstätige)



Insgesamt zeigt sich, dass jene Studierenden, die primär aus Notwendigkeit zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes erwerbstätig sind, den geringsten (durchschnittlichen) Nettostundenlohn erhalten.

Tabelle 6: Nettostundenlohn nach „Qualität“ der Erwerbstätigkeit (Spaltenprozent, nur regelmäßig Erwerbstätige)

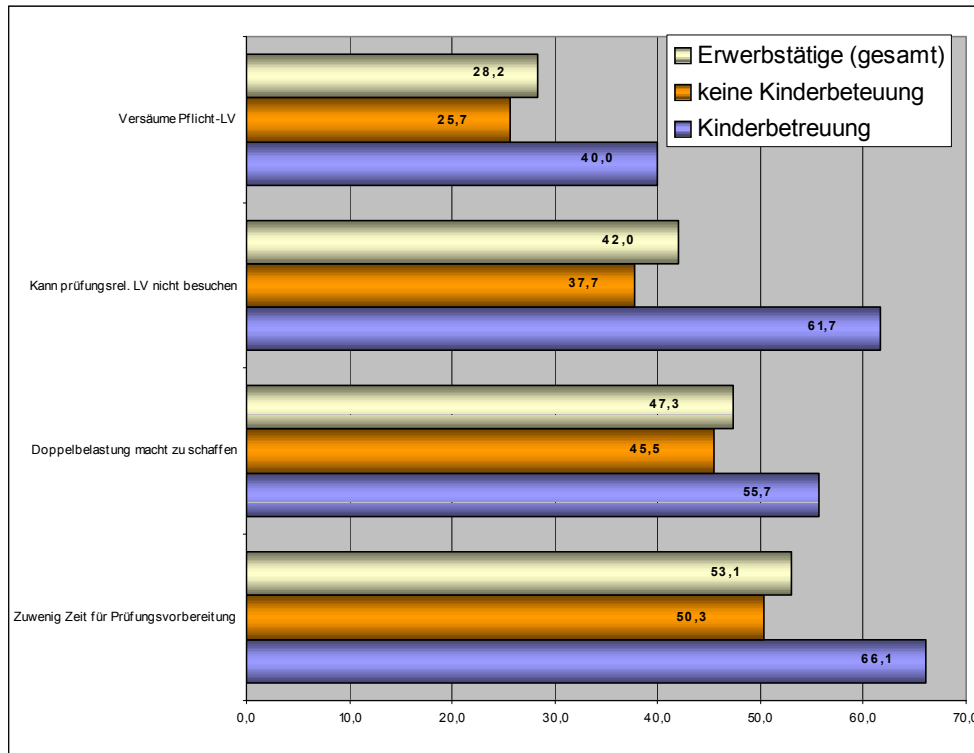
Nettostundenlohn	Qualifizierende Tätigkeit		beides		Notwendig für Lebensunterhalt		Gesamt	
	n	%	n	%	n	%	n	%
unter 60 ATS	1	1,3	3	1,3	6	1,8	10	1,6
60–79 ATS	3	4,0	11	4,8	61	17,9	75	11,6
80–99 ATS	14	18,7	57	24,8	120	35,3	191	29,6
100–129 ATS	18	24,0	71	30,9	78	22,9	167	25,9
130–149 ATS	9	12,0	33	14,3	32	9,4	74	11,5
150 u. mehr ATS	30	40,0	55	23,9	43	12,6	128	19,8
Gesamt	75	100,0	230	100,0	340	100,0	645	100,0
Durchschnittsstundenlohn netto (Median)	130–149ATS		100–129ATS		80–99ATS		100–129ATS	

7. Besondere Problembereiche bei der Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit

Die Erwerbstätigkeit unter Studierenden hat in den 90er Jahren laufend zugenommen. Bezieht man sich auf die regelmäßig durchgeführte Sozialerhebung unter Studierenden, dann ist der Anteil der im Semester erwerbstätigen Studierenden von 36 Prozent im Jahr 1993 auf 41,6 Prozent im Jahr 1998 angestiegen.¹⁵

Auch wenn, wie bereits erwähnt, der Anteil der erwerbstätigen Studierenden in dieser Befragung überrepräsentiert ist, so lässt sich doch deutlich erkennen, dass die Erwerbstätigkeit für viele Studierenden unter den gegebenen Bedingungen den Studienverlauf massiv erschwert.

Diagramm 4: Auswirkungen der Erwerbstätigkeit auf das Studium (Prozent, nur regelmäßig Erwerbstätige; die Absolutzahlen sind aus der folgenden Tabelle zu entnehmen)



**Schwierigkeiten
bei der
Vereinbarkeit von
Studium und
Beruf**

So sagen in der Befragung rund 30 % der regelmäßig berufstätigen Studierenden, dass sie Pflichtlehrveranstaltungen versäumen, 42 % bzw. 47 % meinen, dass sie prüfungsrelevante Lehrveranstaltungen nicht besuchen können bzw. ihnen die Doppelbelastung zu schaffen macht. Mehr als die Hälfte gibt an, zu wenig Zeit zur Prüfungsvorbereitung zu haben.

Kommen zur Berufstätigkeit noch Kinderbetreuungspflichten hinzu, dann verschärft sich die Situation nochmals.¹⁶ Zwischen 40 % und 66 % der Studierenden mit Kinderbetreuungspflichten geben dann an, dass unter den gegebenen Studien-

bedingungen sich ihre Berufstätigkeit in der einen oder anderen Form negativ auf das Studium auswirkt.

Tabelle 7: Auswirkung der Erwerbstätigkeit auf das Studium nach Kinderbetreuungspflicht (nur Nennungen, nur regelmäßig Erwerbstätige)

	keine Kinderbetreuung		Kinderbetreuung		Erwerbstätige (gesamt)	
	n	%	n	%	n	%
Prüfungsvorbereitung	268	50,3	76	66,1	344	53,1
Doppelbelastung macht zu schaffen	242	45,5	64	55,7	306	47,3
Kann prüfungsrelev. LV nicht besuchen	201	37,7	71	61,7	272	42,0
Versäume Pflicht-LV	137	25,7	46	40,0	183	28,2
Kaum Auswirkungen	134	25,2	11	9,6	145	22,4
Positive Auswirkungen	108	20,3	27	23,5	135	20,9
Gesamt	551	82,6	116	17,4	699	72,6

Ein zusätzliches Indiz dafür, dass die Berufstätigkeit und Kinderbetreuungspflichten den Studienverlauf erschweren, stellt die für das Studium zur Verfügung stehende Zeit dar. Während die nicht berufstätigen Studierenden ohne Kinderbetreuungspflichten mehrheitlich (ca. 67 %) noch 21 Stunden und mehr pro Woche für das Studium aufwenden können, stehen den regelmäßig Erwerbstätigen ohne Kinderbetreuungspflichten mehrheitlich (ca. 66 %) nur noch bis zu 20 Wochenstunden zur Verfügung. Kommen zur Berufstätigkeit noch Kinderbetreuungspflichten hinzu, dann reduziert sich für die Mehrzahl dieser StudentInnen (ca. 60 %) das zur Verfügung stehende Zeitausmaß auf maximal 10 Wochenstunden.

Berufstätige mit Kinderbetreuungspflichten haben es an der Universität besonders schwer

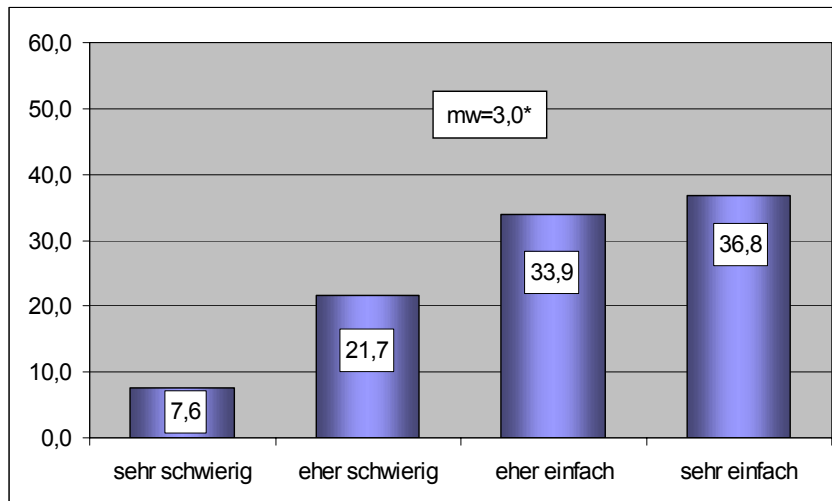
Tabelle 8: Wöchentlicher Stundenaufwand fürs Studium nach (regelmäßiger) Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuungs-pflichten (Spaltenprozent)

	Nicht (regelmäßig) Erwerbstätige				Regelmäßig Erwerbstätige				Gesamt	
	Keine Kinder- betreuung		Kinder- betreuung		Keine Kinder- betreuung		Kinder- betreuung			
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
Nettostunden- lohn										
bis 5 Std	6	3,1	2	8,0	54	10,3	30	27,0	92	10,8
6–10 Std	18	9,4	6	24,0	105	20,0	36	32,4	165	19,4
11–20 Std	40	20,8	5	20,0	188	35,9	31	27,9	264	31,0
21 u. mehr Std	128	66,7	12	48,0	177	33,8	14	12,6	331	38,8
Gesamt	192	100,0	25	100,0	524	100,0	111	100,0	852	100,0
Durchschnitt (Median)	21 u. mehr Std.		11–20 Std.		11–20 Std.		6–10 Std.		11–20 Std.	

Schwierigkeiten in der Organisation des Studium für die erwerbstätigen Studierenden müssen aber nicht nur auf Seiten der Universität gegeben sein. Auch vom Dienstgeber bzw. Arbeitsplatz her ergeben sich oft Probleme.

Fast ein Drittel der regelmäßig erwerbstätigen Studierenden gibt in der Befragung an, Schwierigkeiten zu haben, um für die Ablegung von Prüfungen vom Dienst frei zu bekommen.

Diagramm 5: Möglichkeit, für Prüfungen frei zu bekommen
(Prozent, n = 669)



*mw = Mittelwert (1 = sehr schwierig, 4 = sehr leicht)

Diese Möglichkeiten sind je nach Arbeitszeitform und -lage in unterschiedlichem Ausmaß gegeben. Wie zu erwarten, fällt es den berufstätigen Studierenden bei freier Arbeitszeiteinteilung, bei Arbeitszeiten am Abend oder Nachmittag am leichtesten, für Prüfungen frei zu bekommen. Deutlich schwieriger gestaltet es sich hingegen für die am Vormittag oder ganztags Beschäftigten, zu Prüfungsterminen frei zu bekommen. Rund 40 bis über 50 Prozent geben hier die Möglichkeit als (sehr bzw. eher) schwierig an.

Tabelle 9: Möglichkeit, für Prüfungen frei zu bekommen nach Arbeitszeitlege (Zeilenprozent, nur regelmäßig Erwerbstätige)

Möglichkeit, für Prüfungen frei zu bekommen							
Arbeitszeitlege	sehr/eher schwierig		sehr/eher einfach		Gesamt		mw**
	n	%	n	%	n	%	
Freie Zeiteinteilung	5	4,0	119	96,0	124	100,0	3,6
Abends	1	5,6	17	94,4	18	100,0	3,5
Nachmittags	4	13,8	25	86,2	29	100,0	3,5
Auf Abruf	4	13,8	25	86,2	29	100,0	3,2
Wechselnde Arbeitszeit*	57	25,2	169	74,8	226	100,0	3,1
Vormittags	13	37,1	22	62,9	35	100,0	2,7
Ganztags	109	54,0	93	46,0	202	100,0	2,4
Gesamt	193	29,1	470	70,9	663	100,0	3,0

* Mehrfache Angabe unterschiedlicher Arbeitszeitlegen

** mw = arithmetischer Mittelwert (1 = sehr schwierig, 4 = sehr einfach)

Es zeigen sich auch Unterschiede hinsichtlich des Berufsfeldes, in dem die Studierenden tätig sind, wobei die Differenzen hier nicht mehr so ausgeprägt sind.

Tabelle 10: Schwierigkeit, für Prüfungen von der Dienststelle frei zu bekommen (Mittelwerte; 1 = sehr schwierig, 4= sehr einfach)

Berufsfelder	mw	n	StdAbw
Kultur/Medien u. Forschung	3,4	22	0,59
IT u. EDV-Dienste/Informatik	3,2	83	0,86
Callcenter	3,2	22	0,85
Bildung	3,1	47	1,08
Gastronomie	3,1	26	1,06
Sonstiges	3,1	56	0,95
Verkauf	3,1	82	0,97
Technik/Produktion/Transport/Wachdienst	2,9	27	0,96
Gesundheit/Unterhaltung u. Freizeit (inkl. Sport)	2,9	20	1,12
Büro	2,9	214	0,92
Finanz-/Wirtschafts- u. Unternehmensdienstleistungen	2,8	29	0,79
Sozialbereich	2,8	24	0,99
Insgesamt	3,0	652	0,94

mw = arithmetischer Mittelwert

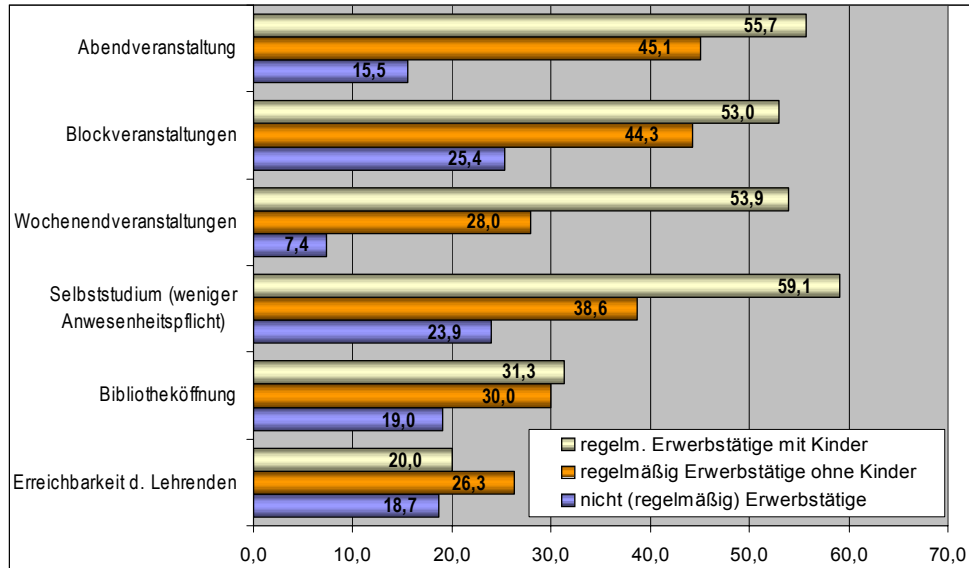
n = Absolutzahl der Fälle

StdAbw = Streuung (Standardabweichung)

Am relativ einfachsten gestaltet sich die Organisation von dienstfreier Zeit für Prüfungen in den Berufsfeldern „Kultur/Medien u. Forschung“, „EDV-Dienstleistungen/Informatik“ und „Callcenter“. Im Gegensatz dazu scheint es im Bereich der „Sozialen Dienste“ sowie „Finanz-/Wirtschafts- u. Unternehmensdienstleistungen“ am relativ schwierigsten, für Prüfungen vom Dienst frei zu bekommen.

Aufgrund der bisher aufgezeigten Fakten ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass insbesondere die regelmäßig erwerbstätigen Studierenden viel häufiger nach Angeboten im Studium verlangen, die die Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit erleichtern.

Diagramm 6: Bedarf an Zusatzangeboten nach Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuungspflichten (Prozent der Nennungen je Gruppe)



So fordern über 40 % der regelmäßig Berufstätigen mehr Lehrveranstaltungen in Blockform und am Abend bzw. mehr Möglichkeiten zum Selbststudium. Unter jenen, die neben der Berufstätigkeit auch noch Kinderbetreuungspflichten haben, ist dieser Bedarf noch viel stärker ausgeprägt. Über 50 % jener StudentInnen verlangen derartige Zusatzangebote, wobei hier ein ausgeprägter Bedarf nach den allgemein selten genannten Lehrveranstaltungen am Wochenende geäußert wird.

8. Studiengebühren und ihre Auswirkungen auf berufstätige Studierende

„Ein Abbruch des Studiums ist nur selten Ergebnis einer schnellen, plötzlichen Entscheidung aus der Studiensituation heraus. Meist geht ihm ein längerer Prozess des Nachdenkens und der Entscheidungsfindung voraus. Dieser Prozess findet

in der Regel in der Studienzeit, in der Konfrontation mit den Studienbedingungen statt.“¹⁷ Ein wichtiger Grund für Studienabbruch sind die finanziellen Bedingungen für Studierende. Wird das Studium durch Gebühren teurer, verschärft sich die Situation. Die Probleme der Studienabbrecher aus finanziellen Gründen „stehen alle im Zusammenhang mit Schwierigkeiten das Studium zu finanzieren. Aufgrund ihrer prekären Finanzsituation müssen die entsprechenden Studierenden nebenberuflich erwerbstätig sein, wobei die Erwerbstätigkeit häufig einen solchen Umfang annimmt bzw. annehmen muss, dass sie mit den Studienverpflichtungen kollidiert. (...) Trotz all dieser Sorgen mangelt es diesen Studienabbrechern nicht an Leistungswillen und Studienmotivation. Sie verlassen die Hochschule, weil sie keine andere Möglichkeit mehr sehen, ihr Studium auf vertretbare Weise zu finanzieren.“¹⁸

*viele Berufstätige
verlassen die
Universität*

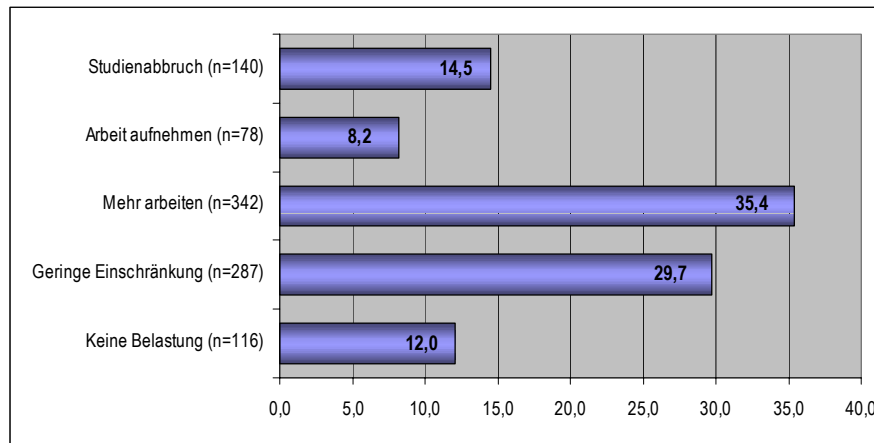
Mit der Einführung von Studiengebühren ab Herbst 2001 war von vornherein zu erwarten, dass es zu einem Rückgang der Studierenden an den österreichischen Universitäten kommt. Je nach Interessensgruppe fallen die Einschätzungen über das Ausmaß und die davon betroffenen Personengruppen unterschiedlich aus. Während die Vertreter der Regierung die Einführung von Studiengebühren als notwendig bezeichnen und durch die Möglichkeit einer Refundierung der Studiengebühren für StipendienbezieherInnen als sozial vertretbar verteidigen, sehen viele dieses Vorhaben als weitere Hürde, die den Zugang zu einem Universitätsstudium erschwert. Von der Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen wird darauf hingewiesen, dass vor allem berufstätige Studierende besonders negativ von Studiengebühren betroffen sind. Erwerbstätige Studierende brauchen aufgrund ihrer Berufstätigkeit i. d. R. deutlich länger für das Studium, müssen daher auch mehr Studiengebühren zahlen als nicht Erwerbstätige und fallen aufgrund ihres Einkommens seltener unter die Gruppe der StudienbeihilfenbezieherInnen. Die Refundierung der Studiengebühren für Erwerbstätige kommt im gegenwärtigen Modell faktisch nicht zum Tragen.

Bevor gezeigt wird, dass erwerbstätige Studierende eine höhere Betroffenheit von Studiengebühren erkennen lassen, soll allgemein dargestellt werden, welche Auswirkungen die Studierenden insgesamt mit der Einführung von Studiengebühren verbinden.

mehr als die Hälfte der Befragten sehen wegen der Studiengebühren persönlich negative Konsequenzen

Zum Befragungszeitpunkt im Frühjahr 2001 sieht mehr als die Hälfte aller Befragten (56 %) mindestens eine von drei negativen Konsequenzen („Studienabbruch“, „Arbeit aufnehmen“, „mehr arbeiten“) mit der Einführung von Studiengebühren verbunden. Am häufigsten (ca. 35 %) wird von den Studierenden die Befürchtung geäußert, dass sie „noch mehr arbeiten müssen“ als bisher. Und acht Prozent geben die Notwendigkeit einer Arbeitsaufnahme an.

Diagramm 7: Befürchtete Auswirkungen bei Einführung von Studiengebühren (Mehrfachangaben, Prozent, n = Absolutzahl)



Rund 15 % sehen mit der Studiengebühreneinführung sogar die Gefahr verbunden, ihr Studium abbrechen zu müssen, wenn sie dieses nicht bald abschließen können.

Nur für 12 % stellen die kommenden Studiengebühren keine Belastung dar. Rund 30 % sehen kaum Auswirkungen und glauben, dass es nur zu kleinen Einschränkungen kommen

wird.

Vom Studienabbruch besonders bedroht sehen sich die regelmäßig berufstätigen Studierenden sowie die Studierenden mit Kinderbetreuungspflichten. Wie aus der folgenden Tabelle 11 ersichtlich, geben die regelmäßig erwerbstätigen Studierenden (18 %) gegenüber den nicht (regelmäßig) erwerbstätigen StudentInnen (6 %) dreimal häufiger an, dass sie mit der Einführung von Studiengebühren befürchten, das Studium abbrechen zu müssen.

vom Studienabbruch besonders bedroht sehen sich die regelmäßig berufstätigen Studierenden

Tabelle 11: Regelmäßigkeit der Beschäftigung im Studium und Studienabbruch als Auswirkung der Studiengebühren-einführung (Zeilenprozent)

	Auswirkung Studiengebühren: Studienabbruch				Gesamt	
	nicht genannt		genannt			
	n	%	n	%	n	%
Regelmäßige Beschäftigung						
nein	268	94,0	17	6,0	285	100,0
ja	557	81,9	123	18,1	680	100,0
Gesamt	825	85,5	140	14,5	965	100,0

Weiters ist erkennbar, dass unter den regelmäßig erwerbstätigen Studierenden v. a. die im Vollzeitausmaß Erwerbstätigen ganz besonders betroffen sind. Ein Drittel der voll erwerbstätigen Studierenden sieht sich bei Einführung von Studiengebühren vom Studienabbruch bedroht.

Tabelle 12: Beschäftigungsausmaß und Studienabbruch als Auswirkung der Studiengebühreneinführung (Zeilenprozent, nur regelmäßig Erwerbstätige)

	Auswirkung Studiengebühren: Studienabbruch				gesamt	
	nicht genannt		genannt			
Arbeitsausmaß	n	%	n	%	n	%
Vollzeit	155	66,8	77	33,2	232	100,0
Teilzeit	402	89,7	46	10,3	448	100,0
Gesamt	557	81,9	123	18,1	680	100,0

Aber nicht nur das Beschäftigungsausmaß lässt einen Zusammenhang mit der Studienabbruchsneigung bei Einführung von Studiengebühren erkennen. Kommen zur Doppelbelastung Studium und Berufstätigkeit auch noch Kinderbetreuungspflichten hinzu, dann wird die Einführung von Studiengebühren noch häufiger als Gefahr für das Studium empfunden.

Tabelle 13: Kinderbetreuungspflichten und Studienabbruch als Auswirkung der Studiengebühreneinführung (Zeilenprozent; nur regelmäßig Erwerbstätige)

Sind Kinder zu betreiben?	Auswirkung Studiengebühren: Studienabbruch				Gesamt	
	nicht genannt		genannt			
	n	%	n	%	n	%
Ja	76	66,1	39	33,9	115	100,0
Nein	457	85,7	76	14,3	533	100,0
Gesamt	533	82,3	115	17,7	648	100,0

Wie ersichtlich, nennen unter den regelmäßig erwerbstätigen Studierenden mit betreuungspflichtigen Kindern mehr als doppelt so viele StudentInnen (34 %) den Studienabbruch als

drohende Konsequenz als unter den regelmäßig erwerbstätigen Studierenden ohne Kinderbetreuungspflichten (14 %). Besonders problematisch ist in diesem Zusammenhang, dass die Studierenden mit Kindern vor allem aus Gründen der Existenzsicherung einer Erwerbstätigkeit nachgehen.¹⁹

Diese Befragungsergebnisse zeigen sehr deutlich, dass die Studierenden mit den Studienbedingungen sehr unzufrieden sind. Die Vorschläge zur Universitätsreform gehen auf die konkreten Lebenszusammenhänge der Studierenden und auf eine mögliche Vereinbarkeit von Studium und Beruf durch studienorganisatorische Maßnahmen nicht ein.

Die Ergebnisse der Studie machen evident, dass sich Studiengebühren besonders nachteilig auf erwerbstätige und kinderbetreuungspflichtige Studierende auswirken. Insbesondere ist zu erwarten, dass v. a. der Zugang zum Studium für Erwerbstätige – speziell mit Kindern – drastisch erschwert wird. Wer das Studium überhaupt noch fortsetzt, muss auf jeden Fall mit einer längeren Studiendauer und damit verbundenen höheren finanziellen Belastungen leben.

die Befragungsergebnisse zeigen, dass die Studierenden mit den Studienbedingungen unzufrieden sind

Literatur:

Bultmann, Torsten: Bildungspolitik im Neoliberalismus. Referat auf dem Kongress „Kritische Psychologie“. Vortragsmanuskript, o.O., 1997.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur: Die volle Rechtsfähigkeit der Universitäten. Gestaltungsvorschläge für die Regelung der Autonomie. Wien 2001.

Griesbach, Heinz et al.: Studienabbruch – Typologie und Möglichkeiten der Abbruchquotenbestimmung. Aus: HIS, Hannover, Oktober 1998.

Kiener, Urs: Gibt es Studienabbrecher? Studium und Studienabbruch im Kontext. Zürich 1999.

Kreutz, Henrik: Auswirkungen der staatlichen Sparmaßnahmen auf die Lage der Studierenden. Eine repräsentative empirische Erhebung in Österreich im Sommersemester 1998, 2. Auflage (Endbericht), Wien, August 1998.

Kurier, 6.11.2001, S.3: Alte Leiden im neuen Semester

Sturn, Richard; Wohlfahrt, Gerhard: Der gebührenfreie Hochschulzugang und seine Alternativen. Wien 1999.

Titscher, Stefan et al.: Universitäten im Wettbewerb. Zur Neustrukturierung österreichischer Universitäten. Bericht der Arbeitsgruppe „Erweiterte Autonomie“ im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Wien 2000.

Universität Linz: Presseaussendung vom 30.10.2001: Zahl der belegten Studien an den 3 Fakultäten der Johannes Kepler Universität Linz liegt voraussichtlich zwischen 16 und 25 Prozent unter den Vorjahreszahlen.

Wroblewski, A. et al.: Bericht zur sozialen Lage der Studierenden. Institut für Höhere Studien, Wien 1999, in: Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr (Hg.): Materialien zur sozialen Lage der Studierenden, Wien 1999.

Anmerkungen:

- 1 Bultmann, Torsten: Bildungspolitik im Neoliberalismus. Referat auf dem Kongress „Kritische Psychologie“. Vortragsmanuskript, o.O., 1997, S.3.
- 2 Titscher, Stefan et al.: Universitäten im Wettbewerb. Zur Neustrukturierung österreichischer Universitäten. Bericht der Arbeitsgruppe „Erweiterte Autonomie“ im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Wien 2000. Inhaltliche Zusammenfassung, S.3.
- 3 Sturn, Richard; Wohlfahrt, Gerhard: Der gebührenfreie Hochschulzugang und seine Alternativen. Wien 1999, S.360.
- 4 Kurier vom 6.11.2001, S.3.
- 5 Errechnet aus den Angaben in der Presseaussendung der Universität Linz vom 30.10.2001.
- 6 Vgl. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur: Die volle

- Rechtsfähigkeit der Universitäten. Gestaltungsvorschläge für die Regelung der Autonomie. Wien 2001.
- 7 Kiener, Urs: Gibt es Studienabbrecher? Studium und Studienabbruch im Kontext. Zürich 1999, S.155.
 - 8 Wroblewski, A. et al.: Bericht zur sozialen Lage der Studierenden, Institut für Höhere Studien, Wien 1999, in: Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr (Hg.): Materialien zur sozialen Lage der Studierenden, Wien 1999, S.120.
 - 9 Verband Sozialistischer StudentInnen Österreichs (VSSTÖ)
 - 10 Während unter den beteiligten Studierenden die Verteilung nach Fakultät nahezu der Grundgesamtheit entspricht, sind die Frauen in der Stichprobe mit rund 10 % überrepräsentiert.
 - 11 In dieser Erhebung beträgt der Anteil der regelmäßig erwerbstätigen Studierenden rund 70 %, während andere repräsentative Erhebungen österreichweit auf ca. 33 % (Kreutz, H.: Auswirkung der staatlichen Sparmaßnahmen auf die Lage der Studierenden, Tabellenband, S.29) bzw. 47 % (Wroblewski, A. et al.: a.a.O., S.120.) kommen.
 - 12 Vgl. Kreutz, Henrik: Auswirkungen der staatlichen Sparmaßnahmen auf die Lage der Studierenden. Eine repräsentative empirische Erhebung in Österreich im Sommersemester 1998, 2. Auflage (Endbericht), Wien, August 1998, S.7ff.
 - 13 Auf diese „problematische“ Entwicklung hat 1998 bereits Kreutz in einer repräsentativen Erhebung hingewiesen. Vgl. Kreutz, H.: a.a.O., S.8.
 - 14 Vgl. hierzu: Wroblewski, A. et al.: a.a.O., S.128.
 - 15 Vgl. hierzu: Wroblewski, A. et al.: a.a.O., S.120.
 - 16 Rund 15 % (143) aller Studierenden geben Kinderbetreuungspflichten an, davon sind 115 regelmäßig erwerbstätig. Das sind ca. 17 % aller regelmäßig erwerbstätigen Studierenden.
 - 17 Griesbach, Heinz et al: Studienabbruch – Typologie und Möglichkeiten der Abbruchquotenbestimmung. Aus: HIS, Hannover, Oktober 1998, S.29.
 - 18 Ebd., S.2f.
 - 19 Vgl. hierzu: Wroblewski, A. et al.: a.a.O., S.127f.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Weingartshofstr. 10, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@ak-ooe.at
Internet: www.isw-linz.at